

Fragen an die Parteien

zur Kommunalwahl 2026:

1. Zum Bebauungsplan N 8.4.4 Kastanienallee/Elfeicher Weg:

Viele Fakten zu diesem Bebauungsplan sind erst nach dessen Verabschiedung bekannt geworden. In der Folge lehnt die Bevölkerung gerade des Martinsviertels diesen Bebauungsplan in großer Zahl ab.

Unterstützen Sie vor diesem Hintergrund den Normenkontrollantrag des BVM?

2. Zum Bebauungsplan N 8.4.4 Kastanienallee/Elfeicher Weg:

Klarheit darüber, ob dieser Bebauungsplan rechtswidrig ist, wird erst die für Ende dieses Jahres erwartete Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs in Kassel bringen.

Wie stellen Sie sich zu der Idee, das Verfahren abzukürzen, indem man den Investoren schon nach der Kommunalwahl einen „Flächentausch“ anbietet.

Die Investoren hätten so nicht mehr das Risiko eines Totalverlusts und die Stadt könnte das bisherige Planungsareal in die öffentlich zugänglichen Bürgerparkflächen integrieren.

3. Zum Bebauungsplan N 8.4.4 Kastanienallee/Elfeicher Weg:

Sollte, falls der Bebauungsplan durch den Verwaltungsgerichtshof für null und nichtig erklärt wird, nicht auch der Flächennutzungsplan umgehend wieder zurückgeführt werden im Hinblick auf eine Nutzung des Geländes im Rahmen des Bürgerparkkonzepts?

4. Zur geplanten Bebauung des Messplatzes:

Der Darmstädter Messplatz wurde im Jahr 2019 an eine Tochtergesellschaft der Bauverein AG verkauft mit dem Ziel, auf diesem Areal eine Wohnbebauung mit ca. 560 Wohnungen und damit für ca. 1.000 Einwohner zu errichten. Seitdem rührte sich hier jedoch gar nichts!

Wie stellen Sie sich zu der Frage, ob es in Zeiten akuter Wohnungsnot wirklich vertretbar ist, dass ein städtisches Wohnungsbauunternehmen ein derart großes Areal unbebaut belässt?

5. Zur geplanten Bebauung des Messplatzes:

Mittlerweile gibt es auch Stimmen in der Politik, die hier einen größeren Anteil an gewerblicher Nutzung und eine Neuplanung für das Gelände fordern.

Wie stellen Sie sich zu dieser Frage?

6. Zur Unterlassung von Instandhaltungsmaßnahmen durch den Bauverein:

Obwohl der Bauverein seinen Mieter gem. § 535 BGB die Instandhaltung seiner Mietobjekte von Gesetzes wegen schuldet, hat er in den vergangenen Jahren überwiegend Großsanierungen durchgeführt, während er die kleineren Objekte gerade im Martinsviertel zunehmend der Verwahrlosung preisgab.

Wie stellen Sie sich zu dieser Tatsache?

7. Zum Thema Wohnungsnot im Hinblick auf den tatsächlichen Bedarf:

Wie in allen Ballungsgebieten herrscht auch in Darmstadt große Wohnungsnot, die sich hier insbesondere in einem Mangel an kleinen, kostengünstigen Mietwohnungen und noch mehr in einen Mangel an Sozialwohnungen widerspiegelt. Dies betrifft insbesondere auch das beliebte Martinsviertel.

So werden gerade im Martinsviertel große Wohnungen reihenweise an Studenten-WGs vermietet – oft auch mit separater Vermietung einzelner Zimmer, um so mehr Profit aus der Immobilie zu schlagen.

Wie stellen Sie sich angesichts dieser Tatsachen zu dem Vorschlag, den Bauverein politisch dazu zu verpflichten, sich beim Neubau auf die tatsächlich benötigten Kleinwohnungen zu konzentrieren?

8. Zum Thema Wohnungsnot im Hinblick auf die „Fehlbelegung“:

Eine Teillösung des vorbeschriebenen „Fehlbelegungsproblems“ könnte in der Ermöglichung eines zumindest bauvereinsinternen Wohnungstausches ohne Veränderung des Kündigungsschutzes oder der bestehenden Miethöhen liegen.

Wie stellen Sie sich zu dem Vorschlag, den Bauverein politisch zu einem derartigen Tauschangebot zu verpflichten?

9. Zum Thema Wohnungsnot im Hinblick auf den Leerstand:

Letztes Jahr wurde in Hessen ein Leerstandsgesetz erlassen, das Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt ermächtigt, eine entsprechende Leerstandssatzung zu erlassen.

Die Darmstädter Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, vorerst keine derartige Satzung zu verabschieden, sondern erst einmal nur deren Notwendigkeit zu überprüfen.

Wie stehen Sie zur Verabschiedung einer Leerstandssatzung und deren konsequenter Durchsetzung?

10. Zum Thema Wohnungsnot im Hinblick auf den Bau weiterer Einfamilienhäuser:

Die zur Verfügung stehenden Platzreserven Darmstadts sind, abgesehen von einigen, noch zur Verfügung stehenden Konversionsflächen, sehr eng begrenzt.

Obwohl im Hinblick auf den tatsächlichen Bedarf der Bau Kleinwohnungen weitaus dringlicher ist, wird von manchen Darmstädter Politkern immer noch die Ausweisung neuer Einfamilienhäuser gefordert.

Was halten Sie davon, auf zurzeit noch stadteigenen Bauflächen keine weitere Einfamilienhausbebauung mehr zuzulassen?

11. Zum sozialen Wohnungsbau:

Nach einem Rückgang des Sozialwohnungsbestandes um 2/3 in den Jahren 1986 bis 2010 hat die Zahl der Sozialwohnungen in Darmstadt in den letzten 15 Jahren wieder um knapp 6 % zugenommen. Das entspricht einem jährlichen Zuwachs von lediglich 0,4 %.

Demgegenüber hat sich jedoch die Zahl der Sozialwohnungsberechtigten seitdem nicht nur durch den Ukrainekrieg, sondern auch durch die immer weiter gehende soziale Spaltung unserer Gesellschaft und die immer weitergehende Mietspirale drastisch erhöht.

Die Folge ist, dass die Vermittlungsquote des Wohnungsamtes, die im Jahr 2010 noch bei 22 % lag, mittlerweile bei deutlich unter 5 % liegen dürfte.

Welche Vorschläge haben Sie, um diesem Missstand abzuhelpfen?

12. Seit der Schließung des „Maxi“ gibt es im Martinsviertel kein öffentliches Angebot mehr für die Betreuung von Kindern zwischen dem Kindergartenalter und dem Zielgruppenalter des Jugendzentrums in der Pankratiusstraße

Das mittlerweile vom Rope e.V. übernommene Angebot in der Baashalle ist durch die seinerzeit versprochenen, aber dann doch unterbliebenen Sanierungsmaßnahmen an der Baashalle insbesondere im Hinblick auf die Beheizbarkeit stark eingeschränkt.

Wie stehen Sie dazu, die Sanierung der Baashalle durch eine Änderung der Prioritätensetzungen beim städtischen Immobilienmanagement möglichst zeitnah sicherzustellen.